



Die Zukunft unserer Kinder stellt sich als praktische Tagesaufgabe

Redaktion von Witten im AUFbruch

Liebe Leserin, lieber Leser,

die „Qualitäts offensive Spielplatz“ der Stadtverwaltung soll angeblich eine Verbesserung sein: Künftig zwar weniger, aber dafür besser ausgestattete Spielplätze. Schon die bisherigen „Verbesserungen“ wie z.B. am Spielplatz Pastoratskamp Rüdinghausen waren keine. Dort gibt es nach Monaten Bauzeit keine Schaukeln und Wippen mehr. Hier wird „offensiv“ ein weiterer Kahlschlag im Kinder- und Jugendbereich vorbereitet!

Spielplätze verrotten

Über Jahre wurde die Politik gemacht, Spielplätze einfach verrotten zu lassen. Auf solchen Plätzen kann kein Kind mehr spielen und Eltern erlauben es zu Recht nicht. Die Verwaltung schafft sich so selbst die Argumente, mit denen Spielplätze aufgegeben und verkauft werden können – darum geht es wohl vor allem.

Einige wenige zentrale Spielplätze sind aber keine Alternative zum Spie-

len in den Stadtteilen. Ausstattungswünsche, die Kinder jetzt äußern dürfen, ändern nichts an den weiten Wegen und den daraus entstehenden Problemen. Die Eltern können nicht mehr sagen, „*geh mal eben raus zum Spielplatz*“, weil gefährliche Straßen überquert werden müssen und der Platz zu weit weg ist.

Zinsen für die Banken wichtiger?

Hinter der „Qualitäts offensive“ verbirgt sich der Abbau an Lebensqualität für Familien und Kinder zu Gunsten der Zinszahlungen an die Banken. Denn mit Einsparungen in Höhe von jährlich 14 Millionen €, wie sie von der Gemeindeprüfungsanstalt für Witten gefordert werden, kann man das jährliche Defizit von weit mehr als 50 Millionen € nicht decken. Aber die 14 Millionen € reichen ziemlich genau aus für die jährlich anfallenden Kreditzinsen!

Während die Bürgermeisterin sich noch nicht mit einer offiziellen Streichliste in

Inhalt

- 1 - 2 Zukunft unserer Kinder
- 3 Kornmarkt-Ruhrstraße
- 4 - 5 Zuschriften
- 6 AKW-Laufzeitverlängerung?
- 7 Envio und HP Pelzer
- 8 - 9 Innovative Stadtwerke?
- 10 6 Jahre Montagsdemo
- 11 Einladungen
- 12 Kolumne

die Öffentlichkeit gewagt hat, gibt es bereits für die einzelnen Ressorts wie eben auch die Kinder- und Jugendhilfe interne Anweisungen zum Einsparen. Die Streichungen werden auf den Weg gebracht, bevor sie von einer Ratsmehrheit abgenickt werden konnten, Diskussionen sind nicht erwünscht.

Da macht die Bürgermeisterin aber die Rechnung ohne die betroffene Bevölkerung. AUF Witten jedenfalls erhebt öffentlich den Vorwurf, dass in Witten Zinsleistungen für die Banken wichtiger sind als Kinder und Jugendliche. (mehr dazu auf Seite 2)

Wäre das anders, wäre im Rat nicht so überheblich gelacht worden, als AUF Witten vor Jahren den Vorschlag eines Zinsmoratoriums einbrachte: So lange keine Zinszahlungen mehr bis die wichtigsten Investitionen getätigt sind.

Politik für Kinder braucht Mut

Das Konjunkturpaket II hat schon gewirkt, obwohl es mit einmalig 8,779 Millionen € nicht die Größenordnung des Zinsmoratoriums von rund 14 Millionen € jährlich erreicht. Außerdem muss der Eigenanteil von 1,09 Millionen € finanziert werden, wofür wiederum Zinsen anfallen.

Angesichts der unverfrorenen Bankenspekulation ist die Häme gegenüber AUF Witten verstummt. **Wichtiger aber ist, dass die Politik endlich den Mut aufbringt, sich statt mit Eltern und Kindern mit den Banken anzulegen!**



Dieter Schütz pixelio.de

Fortsetzung von Seite 1

Das Bürgermeisterbündnis „*Raus aus den Schulden*“ hat die Chance eines gemeinsamen Handelns nicht genutzt.

Statt der Entschuldung der Kommunen werden die Schulden nur anders geparkt und müssen am Ende doch gezahlt werden. Steuergelder von der Landesregierung ändern an der Umverteilung als Ursache der Verschuldung rein gar nichts!

Die Banken haben ihr verliehenes Kapital bereits mehr als viermal zurückbekommen, die Schulden steigen weiter! Um aus dieser Schuldenfalle herauszukommen, müssen die Schulden vollständig erlassen werden.

Ein solches **Schuldenmoratorium** mit den Banken auszuhandeln wäre Aufgabe der Landesregierung, wenn sie ihre Aufgaben ernst nähme.

Statt die Umverteilungspolitik ihrer Parteien umzusetzen, sollten die Kommunalpolitiker sich nach ihrem Mandat richten und sich für eine Niederschlagung der Schulden mit sofortiger Aussetzung des Schuldendienstes einsetzen.

Ob jemandem die Zukunft unserer Jugend am Herzen liegt, sieht man nicht am Reden, sondern daran, was er tut. Und getan werden muss sofort etwas!



Für ein kinderfreundliches Witten

„Willst du wissen, ob eine Stadt lebens- und liebenswert ist, dann schau, was sie für ihre Kinder tut!“

Dies ist die Überschrift eines Aufrufes von *AUF Witten* zu einer Protestaktion gegen die kinderfeindliche Politik der Wittener Stadtführung. Viele Wittener ärgern sich darüber, wie wenig für die Kinder getan wird.

Und es wird immer weniger! Nun soll schon wieder eine Grundschule geschlossen werden. Immer mehr Kindern wird zugemutet, wie zu Urgroßmutterns Zeiten lange Wege zur Schule zurück zu legen.

Keine Spielgeräte

Sind wir bald wieder im Mittelalter? Offensichtlich schämen sich die Stadtoberen, voran die Bürgermeisterin, überhaupt nicht dafür, obwohl sie stolz sind, dass Witten fast noch eine Großstadt ist. Es sieht so aus, dass das Wohl der Kinder

ziemlich weit hinten auf ihrer Prioritätenliste steht. Das sieht man auf einen Blick, wenn man durch die Fußgängerzone geht, die ja ein Aushängeschild für jede Stadt ist. Vom Rathausplatz bis zur unteren Bahnhofstraße gibt es kein einziges Spielgerät für Kinder, geschweige denn einen Spielplatz.

Angeblich kein Geld

Warum eigentlich nicht? **Für ganz Witten werden nur elf „attraktive Spielflächen“ im Internet ausgewiesen, und das für über 10.000 Kinder!**

In Heven, Herbede und Rüdinghausen gibt es jeweils nur eine, in Stockum, Düren und Bommern gar keine. **In ganz Witten gibt es nur sechs Skaterflächen.**

Auf Anfrage bei der Stadt hieß es: „*Das hat was mit den leeren Kassen zu tun. So ein Spielplatz muss ja auch regelmäßig gewartet werden, dazu braucht man wiederum Arbeitsplätze ...*“

Wie wäre es denn, wenn die Stadtführung ihr Engagement für die Banken, die sie mit Zinszahlungen in Millionenhöhe bedient, zügeln und die notwendige Verantwortung für die Kinder ihrer Stadt aufbringen würde?

Protestaktion nötig

Aber darauf können wir wohl nicht bauen. Es ist notwendig, dass protestiert wird, gegen die Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich und für eine kinderfreundliche Stadt. Das müssen die Betroffenen selbst in die Hand nehmen: **Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern!**

Einfach mitmachen!

Gemäß diesem Motto von *AUF Witten* soll die Protestaktion von möglichst vielen Wittenern, die Verantwortung für unsere Kinder und damit unsere Zukunft empfinden, getragen werden. Wer aktiv mitmachen möchte, kann sich direkt an unsere Kontaktadresse wenden.

Die Aktion selbst könnte in der Woche vor den Herbstferien stattfinden. Bis dahin ist noch genug Zeit für eine gute Vorbereitung.

Bis jetzt gibt es den Vorschlag, auf dem Rathausplatz einen fiktiven Spielplatz zu gestalten, verbunden mit Handzetteln und Schildern und einer Unterschriftensammlung.

Aber es gibt sicher noch viele andere Ideen! Meldet euch! Groß und klein sind aufgerufen, ganz besonders Jugendliche!

Wer glaubt, er wäre zu klein, um einen Unterschied zu machen, hat noch nie eine Nacht mit einem Mosquito verbracht.

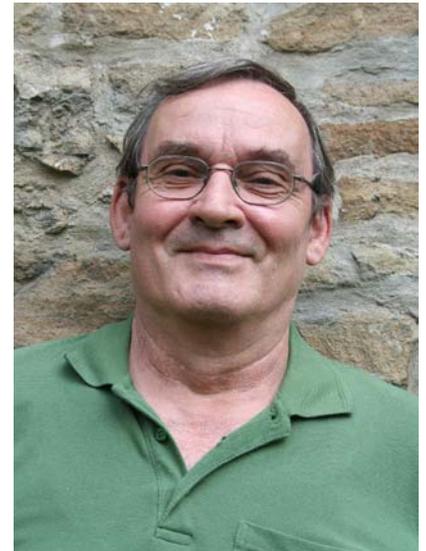
Ruhrstraße und Kornmarkt ein CO₂ belastendes Nadelöhr!

Bezirksregierung hat sich eingeschaltet

von Herbert Schlüter, Umwelt-AG von AUF Witten

Die Ruhrstraße ist und war immer schon ein Nadelöhr, bedingt durch bestehende hohe und enge Wohn- und Geschäftsbebauung. Sie bietet kaum Raum als Frischluftschneise. Der täglich zunehmende Durchgangsverkehr von PKWs und LKWs mit ihren Abgasemissionen (CO₂) stellen eine große gesundheitliche Gefahr dar.

Eine solche Luftverschmutzung macht Menschen dauerhaft krank, insbesondere Säuglinge, Kleinkinder und alte Menschen. Besonders betroffen sind Menschen mit Atemwegserkrankungen. Wir von der Umwelt AG in AUF Witten haben die Überlegungen der Bezirksregierung ernst genommen, die kürzlich vorschlug, mit einer Umwandlung der Ruhrstraße zur Fußgängerzone wieder zu sauberen Luftverhältnissen zu gelangen.



Keine Bebauung des Kornmarktes

Wir von AUF Witten sind auch dagegen, dass der an die Ruhrstraße angrenzende Kornmarkt nach der Verlegung des Busbahnhofs zum Hauptbahnhof bebaut wird.

Wir brauchen kein zweites Celestianbauwerk. Gern würden wir sehen, dass der Kornmarkt mit seinen städtehistorischen Relikten **Johanniskirche, Bruchsteinmauer** und das alte gut restaurierte **Fachwerkhaus als Blickfang** erhalten bleiben.

Auch möchten wir auf dem Kornmarkt entlang der Ruhrstraße eine weitere Begrünung mit heimischen Sträuchern, Bäumen und Pflanzen. Unsere Gedanken dabei sind, den Kornmarkt in ein **grünes Zentrum der Innenstadt** umzuwandeln. So erreichen wir nicht nur ein schönes innerstädtisches Ambiente, sondern auch eine natürliche CO₂-Filterung und frische Luft zum Atmen. Außerdem ergäbe sich

so eine Verbindung der City mit dem Grünzug Nord und dem Stadtpark.

Chancen nutzen

Auch möchten wir gerne den Kornmarkt in eine **Oase des Wohlfühlens** für Jung und Alt mit Veranstaltungsfläche (Konzertmuschel), Sitzgelegenheiten zum Ausruhen und Relaxen verwandeln.

Als Mittelpunkt des Kornmarktes könnten wir uns vorstellen, den **Sackträgerbrunnen** als historisches Wahrzeichen sichtbar aus seiner Abgeschiedenheit wieder ins rechte Licht zu setzen.

Für ein kinderfreundliches Witten

Ein weiteres Ziel unserer politischen Arbeit ist die Zukunft und Gegenwart unserer Kinder in Witten und hier natürlich auch Spielmöglichkeiten für Kinder. AUF Witten möchte mit interessierten Wittenerinnen und Wittenern eine Protestaktion unter dem Motto: „Um

uns selbst müssen wir uns selber kümmern“ gegen die Kinderfeindlichkeit starten, um mehr Zukunftsperspektiven und Gestaltungsmöglichkeiten (z.B. Spielmöglichkeiten auf dem Kornmarkt) zu erreichen.

Man sollte sich darüber im Klaren sein, dass das, was man in frühen Jahren bei den Kindern sät, als Früchte von Morgen gesehen werden kann, nicht nur im Spiel, sondern auch in der Bildung und Weiterbildung.

Es kann nicht angehen, dass die Zukunft unserer Kinder vom Kapital und den Vorteilen bestimmter Personen abhängig ist. Kinder sind eine vernachlässigte Personengruppe, obwohl sie die Zukunft unserer Gesellschaft repräsentieren.

Finanzierung möglich

Nun kann man sagen, dass das ganze Vorhaben aus Sicht der hohen Schuldenlast mit ihren astronomischen Zinszahlungen nicht zu verwirklichen sei. Dazu möchte AUF Witten sagen, dass das immer wieder geforderte Zinsmoratorium umgesetzt werden sollte. **Das bedeutet, sämtliche Zinszahlungen an die Banken auszusetzen.**

Leider wurde diese Forderung hämisch belächelt und als nicht machbar abgewunken, obwohl die Banken die eigentlichen Nutznießer dieser Verschuldung sind.

Wir denken, wo ein Wille ist, ist auch ein Weg, nur müsste dieser von der Stadtspitze (Bürgermeisterin, Kämmerer) auch gegangen werden. Schon die 4,2 Millionen € aus Überschüssen der Stadtwerke wären ein Anfang.

Stoppt den Ausverkauf unserer Stadt!



Das meint der Leser

(Leserbriefe müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.)

Gedanken einer Oma

Seit ich Oma bin, sehe ich die Welt wieder mehr aus der Sicht der Kinder. Und aus der Sicht derer, die auf sie aufpassen und sie erziehen müssen. Das ist heutzutage gar nicht so einfach.

Nur ein Beispiel:

Wenn ich mit meinem Enkel die Bahnhofstraße hinunter gehe, ist das manchmal sehr stressig. Die Bürgersteige sind vollgestellt mit verlockenden Sachen, wo ich dann „nein“ sagen muss und erklären, warum.

An manchen Stellen stehen die Ständer so eng, dass man Slalom laufen muss. Das tut mein Enkel natürlich dann auch, denn wie jedes Kind hat er einen großen Bewegungsdrang. Einmal hat er einen wackeligen Ständer mit 1 Euro Plastikspielzeug umgerannt.



Es gibt natürlich auch noch die Tauben, die man jagen kann. Und dann am Berliner Platz die Schnecke. Eigentlich ist sie schön, aber: Wenn der Kleine sie von weitem sieht, rennt er mit Volldampf hin, und ich muss mit Volldampf hinterherrennen, denn ich sehe schon die Straßenbahn angefahren kommen.

Zum Glück sind öfters noch andere Eltern da, die aufpassen, dass die Kinder nicht auf die Schienen fallen.

Ich war schon in vielen Städten, auch in ärmeren Ländern, aber überall habe ich von Seiten der Stadtverantwortlichen mehr Aufmerksamkeit und Wärme für die Kinder verspürt als in Witten. Ich glaube, da bin ich nicht die einzige, die das ändern möchte!

Name der Redaktion bekannt

Traurige Mutter



Ich war letztes Jahr in Stollberg/Erzgeb. im Urlaub. Dort ist ein großer Spielplatz mit Schaukeln, Holzburg/Klettergerüst, Rutschen, Wasserpumpe und vielem mehr. Ein Kiosk mit günstigen Getränken, Eis und Süßigkeiten. Für Kinder ein Traum.

Dieser Spielplatz wird von 2-3 Mitarbeitern der Stadt überwacht. Ich glaube, es waren 1,50 €-Jobber und ich finde diese Idee sehr gut. Dort wäre keiner auf die Idee gekommen seinen Hund hinkacken zu lassen oder sich mit einer Bierflasche breit zu machen.

Um 19 oder 20h schloss der Kiosk und die Mitarbeiter machten dort ein wenig sauber, denn mehr war nicht nötig und der Spielplatz konnte auch am nächsten Morgen wieder betreten werden, ohne dass dort Dreck lag oder irgendeine Alkoholleiche.

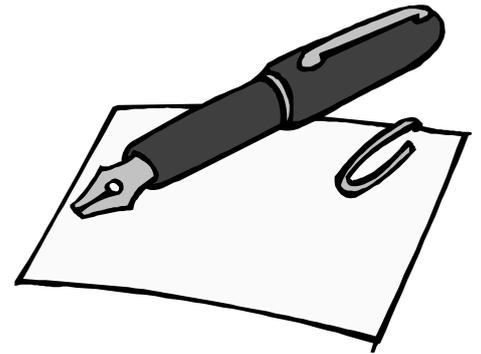
Warum ist sowas hier nicht möglich? Ich finde das traurig.

Kommentar zum WAZ-Artikel „Abschied von den Spielplätzen“

Dicke Luft

Endlich wurde mal von oberster Stelle, der Bezirksregierung, reagiert und auf die ständigen Grenzwertüberschreitungen von Stickstoffdioxid in der Ruhrstraße hingewiesen.

Alternativ wurde von der Bezirksregierung der Vorschlag gemacht, die Ruhrstraße in eine Fußgängerzone umzuwandeln. Wenn dann noch der Kornmarkt (Busbahnhof) zu einer grünen Oase um-



gestaltet würde, wäre das Ärgernis CO₂-Belastung in der Ruhrstraße vom Tisch.

Sicherlich profitiert der Einzelhandel durch die Kurzparker, dennoch sollte die Gesundheit der Menschen, im Besonderen die der Menschen mit Atemwegserkrankungen, sowie auch die unserer Kinder oberste Priorität haben.

Gregor Duve, Witten

Kinder am meisten betroffen

Von der Krise sind am meisten die betroffenen, die keine Schuld daran haben. Die bei all den politischen Versprechungen noch Hoffnung geschöpft haben und enttäuscht wurden. Menschen, deren Kraft nicht mehr ausreicht, sich zu wehren oder die bereits den Mut verloren haben, sich zu wehren. Menschen, die schon seit längerer Zeit am Existenzminimum leben und ständig neuen Existenzzwängen ausgeliefert sind.



Am meisten aber davon betroffen sind unsere Kinder und Jugend, die für den ganzen gemachten Profitschlamassel grade stehen müssen. Aus meiner Sicht gesehen waren Bankenpleiten und Weltwirtschaftskrise vorauszusehen, da wurde gezockt und verzockt, mit dubiosen Wertpapieren gehandelt, die sich letztendlich als wertlos darstellten - Hauptsache Gewinnsteigerung, kostete es was es wolle. Eine Zukunft sehe ich darin nicht, mehr denn je kommt es auf uns selber an.

Name der Redaktion bekannt

Weitere Zuschriften - Fortsetzung von Seite 4

Naziaufmarsch ...

Am 4. September wollen die Nazis mit einem „Nationalen Antikriegstag“ in Dortmund aufmarschieren. Im Internet berichten sie stolz über Gespräche mit der Polizeiführung. Danach soll es gewährleistet sein, dass niemand sie bei ihrem Treiben stört, wie die Jahre zuvor.

In Dortmund ist ein breites antifaschistisches Bündnis aktiv, das bundesweite Unterstützung findet. Das ist gut so, die Neonazis mobilisieren europaweit und bedienen sie sich einer Demagogie nach dem Strickmuster, das schon die NSDAP praktizierte, um ihre wahren Ziele zu verbergen:

Bereits in den letzten Jahren zogen Neonazis mit der Losung "Nie wieder Krieg!" durch Dortmunds Straßen. Sie fügten hinzu: "Nach unserem Sieg!" – also dem Sieg des "Nationalen Sozialismus", des Nationalsozialismus. ... Mit sozialer und antikapitalistischer Demagogie versuchen sich die Neonazis als "Friedensengel" darzustellen. Sie nutzen in der sich verschärfenden Krise des Kapitalismus die Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit und Existenzangst der Menschen und besonders der Jugend für ihre rassistische und kriegsverherrlichende Ideologie im Angesicht sozialen Abstiegs. Setzen wir ihnen unseren Widerstand und unsere Politik der Aufklärung und Solidarität entgegen! (aus dem Aufruf des Dortmunder Bündnisses.)



In Witten haben Mitglieder der JN, Jugendorganisation der NPD, versucht, die Montagsdemo und ihr offenes Mikrofon für ihre nationale Propaganda

zu mißbrauchen, was auf **einhellige Empörung und Widerstand der Montagsdemonstranten stieß**.

In der Folge verteilten sie auf der Sprockhöveler Straße ein Flugblatt gegen *MLPD, AUF Witten*, die *DKP* und *Linkspartei*, um vor den „Extremisten“ zu warnen. Dazu zitieren sie aus dem Verfassungsschutzbericht, um mit einem staatstragenden Anstrich wie Bewahrer der Demokratie zu erscheinen. Angesichts des brutalen Auftretens der Neofaschisten zuletzt am 1. Mai in Dortmund gegen die dortige Maikundgebung **klingt das wie ein Hohn**.

Es ist wohl eher ein Versuch, die bisherige Abfuhr auszubügeln und die breite Einheit im antifaschistischen Kampf zu zerstören. In einer E-Mail an *AUF Witten* kündigten sie unter Hinweis auf das Flugblatt ihr nochmaliges Erscheinen auf der Montagsdemo an.

Die Montagsdemo konnte daraufhin nicht nur mehr Teilnehmer verzeichnen, sondern auch eine große Solidarität, unter anderem von Mitgliedern des Bündnisses gegen Rechts, die durch ihre Präsenz in der Fußgängerzone zum Ausdruck brachten, **dass den Neonazis in Witten keine öffentliche Plattform für ihre Propaganda zur Verfügung steht**.

Auch wenn die Neofaschisten bisher bei der Montagsdemo nicht wieder aufgetaucht sind, zeigen ihre Vorbereitungen ausgerechnet zum Antikriegstag in Dortmund, **dass man wachsam bleiben muss**. Seit dem Jahr 2000 gehen 4 Morde auf das Konto der Faschisten, drei Polizisten wurden von dem Neonazi Michael Berger erschossen, der Punk Thomas Schulz von einem jugendlichen Neofaschisten erstochen. **Dieses Problem darf nicht verharmlost werden, hier ist Zivilcourage gefragt!**

Sämtliche Infos zu Dortmund:
<http://dortmundquer.blogspot.de>

Romeo Frey, Witten

Frauenpolitischer Ratschlag

Am 1. bis 3. Oktober ist es wieder soweit. **In Düsseldorf in der Heinrich-Heine-Universität findet der 9. Frauenpolitische Ratschlag statt.**



Er wird diesmal eine wichtige Vorbereitung für die Weltfrauenkonferenz im März 2011 in Venezuela sein.

Vor zwei Jahren hattet auch ihr diesen Ratschlag unterstützt, vor allem mit der eigenen Teilnahme und der Finanzierung und Betreuung der indischen Gastfrau.

Auch in diesem Jahr wird gemeinsam mit der Koordinierungsgruppe Hagen von Hattingen und Witten wieder eine Gastfrau aus Indien eingeladen werden. Darüber freuen wir uns sehr!

Wir möchten euch auch dieses Jahr wieder herzlich einladen, die Mobilisierung, Anfahrt zum Ratschlag und die Finanzierung und Betreuung der Gastfrau gemeinsam zu beraten und zu koordinieren. ...

Wollt ihr ... euch an der Finanzierung der indischen Gastfrau beteiligen? Für Hattingen und Witten wurden 800 € für Reise und Aufenthalt veranschlagt. Habt ihr noch Ideen, wo wir Sponsoren gewinnen können?

Die Gastfrau wohnt wieder in Witten bei einem Courage-Mitglied.

Wir werden bestimmt auch wieder ein Begrüßungsfest machen, wo wir auch gemeinsam einladen können.

Herzliche couragierte Grüße

Frauenverband Courage Hattingen

Danke für die Einladung, Spenden werden weitergeleitet
Die Redaktion

Längere Laufzeiten für Atomkraftwerke?

von René Schlüter, Sprecher im Vorstand von *AUF Witten* und Mitglied der Umwelt AG

Nachdem wir schon in früheren Ausgaben die Atomenergie in ihrer Gänze kritisch hinterfragt haben, möchten wir hier nochmals Stellung, besonders im Hinblick auf die diskutierte AKW-Laufzeitverlängerung, beziehen.

Bevor wir auf die aktuelle Diskussion eingehen scheint es uns angebracht kurz die bestehende Atomenergieszituation zu skizzieren. In unserem Land sind zur Zeit 17 Atomkraftwerke am Netz, von denen zwei (Biblis A und Neckarwestheim 1) laut Atomausstiegsgesetz schon diesen Herbst und weitere im Verlauf des nächsten Jahres vom Netz gehen sollen.

Gefährdungspotential

Weil diese Atomkraftwerke nur bei gleichbleibender Last wirtschaftlich betrieben werden können, führt das schon heute häufig dazu, dass regenerative Energiequellen zeitweilig vom Netz genommen werden müssen.

Des Weiteren kann man Atomenergie natürlich nicht ohne die Atommüllproblematik diskutieren. Hier gibt es weltweit noch keine wirklich sicheren Behandlungs- bzw. Lagerungsmöglichkeiten.

Auf die BRD bezogen seien noch kurz die Sicherheits- und Stabilitätsprobleme mit den Endlagern ASSE 2 und Morsleben und der jahrzehnte alte Streit um das Endlager Gorleben erwähnt.

Außerdem steht und fällt die

Atomenergie mit ihrer Sicherheit und damit auch mit schnellen Reaktionen bei immer möglichen Störfällen.

Es gibt aber weder einen bundesweiten Katastrophenplan für Atomunfälle, noch einen Plan zur Dekontamination von verstrahlten Geländen oder Gebäuden.

Keine Zukunft

Für einen diskutierten verlängerten Betrieb von AKWs stellt sich zuerst das Problem ihres Betriebsstoffes Uran, das nach neuesten Berechnungen nur noch bis 2020 für alle Atomkraftwerke unseres Planeten zur Verfügung steht.

Ein weiteres durch eine AKW-Laufzeitverlängerung entstehendes Moment ist sein genereller Einfluss auf den sogenannten Energiemix. Neben der oben beschriebenen Problematik der wirtschaftlich bedingten Bevorzugung von Atom- und Kohlestrom im Betrieb, würde auch die mit Unterstützung der deutschen Stadtwerke eingeleitete Dezentralisierung und Flexibilisierung unserer Energieversorgung ad absurdum geführt und das nahezu Monopol der vier großen Energieversorger weiter geführt.

Außerdem kann ein weiteres Festhalten an der Atomenergie natürlich auch nicht



als weiterer Innovations- und Investitionsanreiz für regenerative Energiequellen gesehen werden. Das ist besonders bedenklich, da verschiedene Regierungsberater es für möglich halten, unser Land ab 2050 komplett aus regenerativen Energiequellen zu versorgen.

All diese Probleme ließen sich auch mit vorgeschlagenen Elementen der Laufzeitverlängerung wie Brennelementesteuer oder 30 Milliarden €-Fonds für regenerative Energien nicht lösen.

Profitdenken

So sind die 30 Milliarden € mit dem oben genannten Einfluss auf die Weiterentwicklung der regenerativen Energien und den Kosten für Behandlung und Lagerung von weiterem Atommüll gegen zu rechnen. Das sich ergebende Minusgeschäft für den Staat und damit uns Bürger sollte ersichtlich sein. Die Brennelementesteuer ist ein reiner Teil der Sparpolitik unserer Regierung, die nichts an den beschriebenen Auswirkungen längerer Laufzeiten ändern würde. Auch der ebenfalls häufig beschriebene Effekt auf niedrige Stromkosten kann gerade mit Bezug auf die Endlichkeit des Urans nur als maximal kurzfristig gedachter Einfluss gesehen werden.

Zusammenfassend kann man also diese gesamte Diskussion nur als konzerngewinnmaximierenden und im Sinne der derzeitigen Sparpolitik kurzfristig Einnahmen erhöhenden Eingriff in die Zukunft unseres Landes sehen, der langfristig bereits bestehende Probleme zementiert und ihre Lösung an die nächsten Generationen weitergibt.

Dieses sollte jedoch nicht unter langfristig sinnvoller Energie- und Gesellschaftspolitik zu verstehen sein.



Envio und HP Pelzer Chemie: Giftskandale haben System

Interview mit Peter Spyrka, ehemals Chemiarbeiter bei Pelzer

Die vorsätzliche Vergiftung der Envio-Arbeiter in Dortmund mit PCB erfüllt uns mit Entsetzen und Mitleid. „Wir wurden verarscht“, „Ich habe in PCB-Dreck gebadet“, „Wir hatten Angst vor Arbeitslosigkeit“ – sagen die Arbeiter. PCB, ein krebserregendes Gift, wurde in Konzentrationen des 8.500-fachen der zulässigen Belastung im Blut von Envio-Arbeitern gefunden.

Besonders betroffen macht ein Bericht der Westfälischen Rundschau vom 7.8.10 „Das Gift schlummerte im Schlafanzug“. Der Vater eines Dreijährigen hat es mit nach Hause gebracht. Seine private Arbeitskleidung musste zu Hause gewaschen werden. Wir befragten dazu Peter Spyrka, der seit Jahren um eine Entschädigung seiner Vergiftung bei der Firma HP Pelzer Chemie kämpft. 38 seiner früheren Arbeitskollegen sind bereits daran gestorben. Näheres unter www.auf-witten.de/Umwelt Themenschwerpunkte „Dokumentation zu HP Pelzer Chemie“.

? Wie war der Schutz bei Pelzer?

Peter Spyrka (P.S.): Wir haben auch in Gift gebadet. Z.B. Zyklon B, früher für Vergasungen eingesetzt. Ich habe das Zyanid von der Hallendecke gekratzt und analysieren lassen. Ich habe die typischen Symptome einer Nervenergiftung. Uns wurde gesagt, wir brauchen keinen Schutz, Klamotten waschen zu Hause!

? Und die Aufsichtsbehörden?

P.S.: Verarschung ist das richtige Wort. Bei mir hat die Berufsgenossenschaft entgegen den Gesetzen keine ursächlichen Ermittlungen aufgenommen, obwohl ich alles ordentlich angezeigt hatte. Hinterher ist es schwer, Beweise vorzulegen. Die BG bekommt vor Gericht immer Recht, obwohl sie gegen ihre Pflichten verstoßen hat. Alle wussten Bescheid: Betriebsarzt, Betriebsrat, Gewerkschaft.

? So ähnlich wie bei dem Dreijährigen?

P.S.: Landesumweltamt und Gesundheitsamt haben da doch erst reagiert, als sich die Presse eingeschaltet hat, sonst wäre der Junge nie untersucht worden. Hätte man solange gewartet wie bei mir, findet man im Blut nichts mehr – die Zeitbombe tickt trotzdem, meine Kollegen von damals sterben auf Raten.

? Und die Presse?

P.S.: Selbstverständlich habe ich alle informiert. Sogar der WDR war da, hat alle Beweise und Unterlagen bekommen und selbst recherchiert. Es gab Eingaben beim Europaparlament, beim Bundestag sowie Anfragen bei der Stadt durch AUF Witten.

? Was ist daraus geworden?

P.S.: Der WDR-Redakteur rief bei mir an, für die Sendung würde das Geld nicht

mehr bewilligt. Der Petitionsausschuss hat, ohne selbst zu ermitteln, die Sache nur aufgrund von Stellungnahmen der von mir Angeschuldigten eingestellt. Ebenso die Staatsanwaltschaft. Gewerkschaft und Betriebsrat haben mich im Stich gelassen und agieren sogar gegen mich. Die Stadt Witten teilte wie alle anderen Umweltbehörden mit, eine Gefährdung durch Pelzer bestünde nicht.



? Welche Schlussfolgerungen ergeben sich daraus?

P.S.: Es geht nicht um einzelne Firmen, sondern um ein ganzes System. Wer sich wehrt, wird sogar schikaniert.

Wenn es um eine Produktion von Fahrzeugdämmung geht wie bei Pelzer, die in alle PKW, auch Luxuskarossen, eingebaut wird, dann steht der Profit einiger Milliardäre höher als die Gesundheit von vielen Millionen. Da kuschen auch die Medien.

Soll das Demokratie sein, wenn Menschen vergiftet werden mit Zyklon B, mit Dioxin oder PCB, ohne dass die Gewerkschaft, Arbeitsmedizin, Politik, Staat und Justiz von sich aus tätig werden und das abstellen?

Was für ein Regierungssystem soll das sein? Mir wird jegliche Entschädigung



verweigert, meine völlige Arbeitsunfähigkeit wird nicht anerkannt, ich falle durch alle Maschen des sogenannten sozialen Netzes. Ohne meine Frau würde ich einfach verhungern, obwohl ich Jahrzehnte in alle Kassen eingezahlt habe. Das ist für mich der reinste Terror.

Dabei bin ich nicht der einzige. Tausende Vergiftungsopfer warten auf Entschädigung, weil man vor Gericht die Schäden so nachweisen muss wie bei einem Verkehrsunfall. Bei Vergiftungen kommen die Symptome aber später, wenn die Gifte schon längst abgebaut sind - toxikologische Gutachter, die so etwas beurteilen können, werden von den Gerichten aber nicht bestellt.

Trotzdem lasse ich mich nicht unterkriegen. Wer die Leute so vergiftet oder tatenlos dabei zusieht, muss sich auch nachsagen lassen, dass wir in einer Diktatur leben, wo der Profit über die Menschlichkeit regiert.

Es gibt viele Arten zu töten.

Man kann einem ein Messer in den Bauch stechen,

einem das Brot entziehen,

einen von einer Krankheit nicht heilen,

einen in eine schlechte Wohnung stecken,

einen durch Arbeit zu Tode schinden,

einen zum Suizid treiben,

einen in den Krieg führen usw.

Nur wenig davon ist in unserem Staat verboten.

Bertolt Brecht (Me-Ti. Buch der Wendungen)

Stadtwerke:

Innovative Energiekonzepte: Fehlanzeige

Von Romeo Frey – Sprecher im Vorstand von AUF Witten

Mit Pressemitteilungen und in Artikeln der Lokalpresse möchten die Stadtwerke Witten gerne den Eindruck eines *innovativen, zukunftsorientierten Energieversorgers* vermitteln. Besonders wird dabei eine große Kompetenz in Bezug auf regenerative Energiegewinnung und –nutzung herausgestellt. Doch wie ist die Realität?

Beispiel: Nutzung der Wasserkraft. Auch die Stadtwerke Witten haben mittlerweile erkannt, dass diese Art der Stromerzeugung umweltschonend ist. Mit einem ortansässigen Unternehmen wurde ein Stromlieferungsvertrag abgeschlossen. Als Anlieger der Ruhr besitzt dieses Unternehmen, wahrscheinlich seit Jahrhunderten, Wassernutzungsrechte und hat, unter anderem zur Deckung des eigenen Energiebedarfs, irgendwann ein Wasserkraftwerk errichtet.



Grüner Strom für die Wittener?

Angeblich wird von den Stadtwerken die komplette Stromproduktion aus diesem Wasserkraftwerk abgenommen und in das eigene öffentliche Stromversorgungsnetz eingespeist, schenkt man den Jubelberichten in der Presse Glauben.

Oder vielleicht doch nicht? Erfolgt möglicherweise überhaupt keine Einspeisung? Tatsache ist: die erzeugte Strommenge aus dem Wasserkraftwerk wird lediglich zur optischen Verschönerung der elektrischen Energie-Bezugsmixstruktur der Stadtwerke Witten eingesetzt. Die erzeugte Energiemenge wird ausschließlich im Unternehmen selbst genutzt.

Bekanntlich wird seit Jahren die Stromgewinnung aus regenerativen Energiequellen mit erheblichem finanziellen Aufwand öffentlich gefördert bzw. diese sind Bestandteil der Energie-Preise und gehen letztendlich zu Lasten der Verbraucher.

Für den aus regenerativen Energieerzeugungsanlagen in das öffentliche Netz eines Energieversorgers eingespeisten Strom ist daher ein um ein vielfach höheres Entgelt zu entrichten, wie der Versorger bei Abgabe an seine Kunden erwirtschaftet.

Deshalb ist zur Zeit die Abgabe von aus regenerativen Anlagen erzeugtem Strom sehr lukrativ. Zumal der jeweilige örtliche Netzbetreiber gesetzlich zur Abnahme verpflichtet ist.

Da nun das hier betreffende Unterneh-

men im Versorgungsgebiet der Stadtwerke Witten ansässig ist, sind diese zwangsläufig verpflichtet, den produzierten Strom abzunehmen, d.h. über den elektrischen Energieanschluss des Unternehmens in das öffentliche Stromnetz der Stadtwerke Witten aufzunehmen. Ein Eigenverbrauch durch den Anlagenbetreiber wäre unwirtschaftlich.

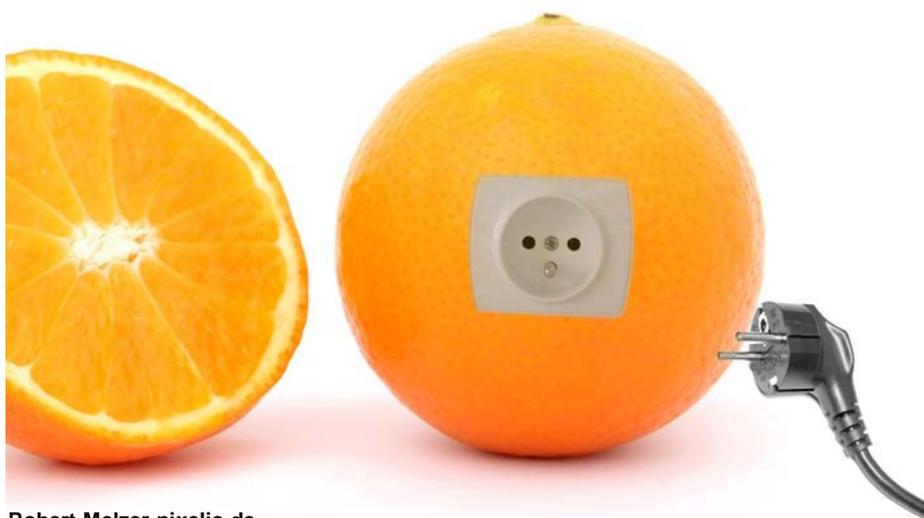
Wie jeder Unternehmer deckt er stattdessen seinen Strombedarf durch Abnahme vom günstigsten, wettbewerbsfähigsten Marktanbieter. Das können auch die Stadtwerke Witten sein.

Eine PR-Aktion

Einen Nachweis über die Weitergabe des Ökostroms an den Wittener Bürger aber gibt es nicht. Es scheint sich lediglich um eine PR-Aktion zu handeln, um ein vermeintliches Umweltbewusstsein der Stadtwerke Witten wirkungsvoll zu vermitteln.

Hier von Bereitstellung „grünen Stroms“ für die Wittener Bürger zu sprechen ist peinlich. **Erfolgt doch lediglich ein bilanztechnischer Austausch des im Wasserkraftwerk erzeugten „grünen Stroms“ gegen den „normalen Strom“ der Stadtwerke.**

Fakt ist auch, dass der benötigte elektrische Energieverbrauch des hier angesprochenen Unternehmens um ein vielfaches höher ist, als die im Wasserkraftwerk erzeugte Strommenge von ca. 4,5 Mio. kWh im Jahr, sodass er den Ökostrom selbst verbraucht, ohne auf die Extraeinnahmen aus der Verrechnung des teuren Ökostroms verzichten zu müssen.



Robert Melzer-pixelio.de

Vorzeigeprojekte?

Großsprecherisch ist auch die Darstellung der **Photovoltaik-Anlagen** der Stadtwerke Witten. Im Vergleich zu anderen Stadtwerken fallen die in Witten verbauten Dimensionen eher mickrig aus. Auch haben diese Unternehmen einen Erfahrungsvorsprung von Jahrzehnten.

Nun wollen die Stadtwerke in naher Zukunft eine **Bio-Gasanlage** betreiben, selbstverständlich mit einem Partner. Fehlen etwa für den eigenständigen Betrieb Kompetenz, Fach- und Führungspersonal?

Zudem soll die Planung, Ausschreibung und Errichtung dem Ennepe-Ruhr-Kreis überlassen bleiben. Auch hier gibt es Versorgungsunternehmen, die seit langem mit dieser zukunftsorientierten Technologie vorhandene Ressourcen umweltschonend nutzen.

Führungsprobleme

Voraussetzung hierfür sind verantwortungsbewusst denkende und agierende Geschäftsführer und eine Sach- und Fachkompetenz von Führungskräften. Hier mangelt es, wie allseits bekannt, seit Jahrzehnten bei den Stadtwerken Witten.

Innovativ und einfallsreich waren bzw. sind Geschäftsführung und gewisse leitende Angestellte der Stadtwerke nur bei ihrer eigenen Versorgung mit unüblich üppigen und fragwürdigen Vergütungen und Leistungen. Immer noch wird mit luxuriösen Dienstfahrzeugen mit kostengünstigster privater Nutzung herumgefahren. Immer noch gibt es eine steuerfreie Erstattung der Arbeitnehmeranteile zur

Sozialversicherung. Viele Beispiele haben wir in dieser Zeitung mehr als einmal angeprangert.

Darin liegt auch der Grund, weshalb die Entwicklung innovativer und zukunftsorientierter Energie-Versorgungskonzepte und leistungsstarker, effizienter Unternehmensstrukturen mit Schaffung neuer Wertschöpfungspotentiale blockiert ist. Ein ganzes System der gegenseitigen Förderung von Günstlingen zu Lasten wirklich gut qualifizierter Mitarbeiter erzeugt Personal- und Führungsprobleme und einen mittlerweile gravierenden Mangel an Sach- und Fachkompetenz.

So wurde bereits in den 1980er Jahren von innovativen und wirtschaftlich bewussten Stadtwerkeunternehmen mittels umfangreicher **Kraft-Wärmekopplungsanlagen** eine effiziente Energieausnutzung betrieben. Bei den Stadtwerken Witten hingegen wurden die wenigen Anlagen, wie im Stadtbad, ersatzlos abgebaut. Oder wie im Hallenbad Vormholz infolge fehlender Fachkompetenz durch Brandeinsturz zerstört.

Auch um das Nahwärmeversorgungsgebiet Bommerfelder-Ring wurden massive Kundenbeschwerden bekannt, u.a. bezüglich überhöhter Wärmepreise.

Energiepreise

Seit Jahren thematisiert *AUF Witten* die Höhe der Energie- und Wasser-Tarife der Stadtwerke Witten, was viele Wittener in erheblichem Maße belastet. Das wurde erst kürzlich in der WAZ durch Vergleich der Wasser- und Abwassergebühren in Städten des Ruhrgebietes eindrucksvoll bestätigt.

Die Überteuering der Energie- und Wasserpreise in erheblichem Umfang haben ihre Ursache unter anderem in nachweislich überhöhten, völlig unangemessenen Vergütungen und absolut fragwürdigen Leistungen und Privilegien an einen gewissen Angestelltenkreis.

So wurde dem bei den Stadtwerken angestellten SPD-Fraktionsvorsitzenden Thomas R. als einfacher Sachbearbeiter ein üppiges Jahreslär von ca. 60.000 € gewährt. Zusätzlich der übliche ca. 50%-ige Rabatt auf den privaten Energieverbrauch.

Angebote wie **Car-Sharing** konnten nur mit Unterstützung von externen Unternehmen aufgenommen werden und sind mittlerweile wieder eingeschlafen. Auch die **Erdgas-Nutzung in Kraftfahr-**



Dieter-Schütz-pixelio.de

zeugen wurde erst aufgegriffen, als innovativ kundenbewusste Stadtwerke diese bereits anforderungsgerecht eingeführt hatten.

Peinlich, die Herren aus der Geschäftsleitung der Stadtwerke Witten meiden bisher eine Nutzung von Erdgas-Fahrzeugen. Bei einer überwiegend privaten Nutzung von bis zu 90% scheinen wohl die nutzungstechnischen Einschränkungen zu unangenehm zu sein. Dass dieser Spaß erheblich teurer ist als Erdgas, scheint sie wohl nicht zu stören. Wird doch die Betankung mit Benzin im vollen Umfang von den Stadtwerken Witten getragen, letztendlich zu Lasten der faktischen Eigentümer der Stadtwerke Witten, den Wittener Bürgerinnen und Bürgern.

Fazit und Ausblick

Die vielen öffentlichkeitswirksam dargestellten „Regenerative Energiegewinnungs- oder -nutzungsmaßnahmen“ der Stadtwerke Witten erweisen sich bei näherem Hinsehen schlichtweg als billige PR-Gags.

AUF Witten ist aber überzeugt, dass im Potential des Personals der Stadtwerke die zur Entwicklung und Umsetzung eigenständiger Projekte erforderliche fachliche und führungsmäßige Qualifikation entweder vorhanden ist oder herangebildet werden kann. **Dazu müssen aber die vorhandenen Günstlingsstrukturen und Privilegien abgeschafft und der Förderung geeigneten Nachwuchses der Vorrang gegeben werden.**

Das wäre nicht nur eine Herausforderung für den Aufsichtsrat unter Führung der Bürgermeisterin, hier endlich mal Transparenz herzustellen und eine effektive Aufsicht zu verwirklichen.

Das würde sich auch positiv im Portemonnaie der Wittener Kunden auswirken und wäre darüber hinaus auch eine Zukunftschance für die Jugend.



Dieter-Schütz-pixelio.de

6 Jahre Montagsdemo

von Ulrich Wagner, Mitglied im Vorstand von AUF Witten

Seit 6 Jahren wird jeden Montag gegen Hartz IV demonstriert, in über 100 Städten in ganz Deutschland. In Witten ist es ein fester Kern aus 10-20 Teilnehmern. Die Bewegung hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Widerstand so lange fortzuführen, bis so viele Menschen mitmachen, dass die Hartz-Gesetze gekippt werden können. Das zeigt die Stärke und den Willen zum Kämpfen. Aber auch, dass die Probleme noch nicht gelöst sind, wegen derer der Kampf geführt werden muss.

Der gemeinsame Kampf

Immer wieder bekomme ich als Teilnehmer der Montagsdemo zu hören: „Ihr seid so wenige, das bringt doch nichts.“ Nun, das ist insofern richtig, dass wir als kleiner Haufen nicht irgendwelche Gesetze kippen können. Aber durch die Montagsdemonstration wurde der Protest organisiert und im Bewusstsein der Bevölkerung wach gehalten. Deshalb stellen wir auch die Frage: *Warum machst du nicht mit, wenn du das richtig findest?*

Die Montagsdemo ist die einzige Plattform, die den Protest gegen Hartz IV regelmäßig auf die Straße trägt und wo sich jeder durch das offene Mikrofon äußern kann. Rückzug und Klappe halten verleitet unsere „Volksvertreter“ nur dazu, immer so weiter zu machen.

Die Politik von Bund, Ländern und Kommunen

Es mag nicht immer einfach sein, die Politik zu durchschauen, z.B. die „Rente mit 67“. Als die SPD noch an der Regierung war, hat sie das beschlossen. Jetzt streiten sich die SPD-Oberen, aber

nicht darum, ob das wieder rückgängig gemacht wird. So soll es nur aussehen. Vielmehr geht es um das Tempo, mit der sie eingeführt wird – also beim Wähler Zeit schinden. Ob der das so mitmacht?

Wie menschenverachtend die Politik geworden ist, verdeutlicht die Loveparade in Duisburg. Ein viel zu kleiner Platz, selbst für 250.000 Menschen, wurde grob fahrlässig für über eine Millionen Menschen freigegeben und dabei über Sicherheitsbedenken hinweggegangen. Für die Toten will niemand die Verantwortung übernehmen.

Wer sind die Verantwortlichen? Dazu gehört der Duisburger OB Sauerland, der die Veranstaltung wegen der Sicherheitsbedenken hätte absagen können. Und dazu gehört der Veranstalter, der seine Interessen mit Druck durchgesetzt hat. So wurden Tote in Kauf genommen. Und genauso wie dort verhält es sich in der gesamten Politik. Es wird über Leichen gegangen!

Wie sonst ist es zu erklären, dass marode, längst abgeschriebene Atomkraftwerke in ihrer Laufzeit nochmal um 20 Jahre verlängert werden? Hier wird die gesamte Bevölkerung und die



gesamte Natur unvorstellbaren Gefahren ausgesetzt.

Ein Grund zum Feiern

Gerade das sind Gründe für die Montagsdemo, jetzt erst recht weiter zu machen. Das haben wir am 9. August zurecht gefeiert.

Mit viel Diskussion, Kultur und Freude ging es hoch her. So wurde u.a. ein argentinischer Tango aufgeführt, der seinerzeit von der argentinischen Junta verboten wurde. (siehe Bild)

Was mir als Montagsdemonstrant bleibt ist, Sie aufzurufen, einfach dazu zu kommen, sich das anzuhören und mitzudiskutieren. Je eher wir mehr werden, umso eher können wir etwas erreichen, denn wir sind das Volk!



Die prominenten Verfechter der Agenda 2010 - Schröder, Hartz, Clement und Müntefering oder Köhler, Koch und Rüttgers - mussten gehen, die Montagsdemo bleibt.

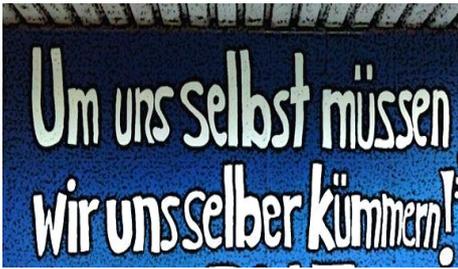
Mit einem Volk, das die Hartz-Gesetze mit Zweidrittelmehrheit ablehnt, hat die Regierung ein großes Problem. Dass Merkel und Westerwelle nur noch auf der schmalen Basis eines Wählerdrittels regieren, ist nicht zuletzt auch Euer Verdienst.

Jetzt, nachdem die Regierung gerade erst 800 Milliarden € aus unseren Steuergeldern an die Banken verschoben hat, sollen Hartz IV-Betroffene, Arbeiter und ihre Familien, Kinder und Jugendliche, Kranke und Rentner 80 Milliarden € für ihre Krise bezahlen. ...

Heute, an unserem sechsten Jahrestag, geben wir hiermit gemeinsam den Startschuss für die 7. Herbstdemonstration am 16. Oktober in Berlin!

Aus dem Glückwunschtelegramm der zentralen Koordinierungsgruppe der bundesweiten Montagsdemonstrationen

Investieren Sie in die Zukunft mit einer Spende für AUF Witten Haben Sie schon mal überlegt, für AUF Witten zu spenden?



AUF Witten steht für **Alternativ, Unabhängig, Fortschrittlich**.

Unter dem Motto „*Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern!*“ ist das überparteiliche Personenwahlbündnis **AUF Witten** seit 2004 im Stadtrat vertreten. Wir machen eine **transparente Politik**, wir sind **unbestechlich** und **finanziell unabhängig**.

Das ist eine erfrischende **Alternative** zur Schuldenpolitik der Stadt sowie zu

schwarzen Kassen und Spendenskandalen.

Wir machen eine alternative Politik, die von den Interessen der Wittener Bevölkerung ausgeht, weil sie von den Menschen selbst gemacht wird!

Und es liegt im Interesse der Menschen, dass diese Stadt lebt, dass es genügend Arbeitsplätze, eine saubere Umwelt und eine Zukunft für Kinder und Jugendliche gibt. Hier kann sich jeder einbringen!

Wir vertrauen voll und ganz auf die Menschen in Witten. Deshalb haben wir in unserer Satzung festgelegt: „*Das Wahlbündnis finanziert seine Tätigkeit aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Erlösen aus Anlass seiner Aktivitäten.*“

So finanziert sich zum Beispiel auch diese Zeitung allein aus Spenden.

Mit Ihrer Spende können Sie

**ein Zeichen setzen,
diese innovative Bewegung unterstützen
sich an ihr beteiligen!**

Tragen auch Sie zum Gelingen bei und erleben Sie auf unseren öffentlichen Mitgliederversammlungen, was wir daraus machen.

Sie können Ihre Spende auch steuerlich geltend machen. Auf Wunsch erhalten Sie dafür zu Beginn des nächsten Jahres eine offizielle Zuwendungsbescheinigung.

**Spendenkonto Nr. 665 224
Sparkasse Witten BLZ 452 500 35**

Jahreshauptversammlung von AUF Witten am 07.11.2010 Öffentlich, keine Tabuthemen, keine Schlammschlachten

Am Sonntag, den 7. November versammeln sich die Mitglieder von **AUF Witten** zur Jahreshauptversammlung.

Wer will, kann sich auch als Gast darüber informieren, wie wir das abgelaufene Geschäftsjahr beurteilen, welche Schlussfolgerungen gezogen werden und wie Mitglieder, Arbeitsgruppen, Ratsarbeit und Vorstand von **AUF Witten** für künftige Aufgaben aufgestellt werden.

Dabei geht es keineswegs dröge zu, auch müssen wir keine schmutzige Wäsche waschen, weil sich bei unserer Art Politik zu machen, niemand die Hände schmutzig zu machen braucht.

Zur Klärung von Meinungsverschiedenheiten richten wir uns nach unseren Grundsätzen (*siehe www.auf-witten.de*), mit denen geregelt wird, wie trotz unterschiedlicher Meinung oder Weltanschauung konstruktiv miteinander umgegangen werden kann.



Das ist bei uns Programm. Je besser uns das gelingt, (auch bei uns leben die Menschen und sind nicht perfekt), desto klarer die Ergebnisse, desto fester die erzielte Einheit.

Lassen Sie sich das nicht entgehen.

Jahresabschlussfest in der 3. Halbzeit am 28. November 2010 Essen, Trinken, gemütlich zusammen sitzen, Kulturbeiträge, Tanz



Am Sonntag, den 28. November geht es in die **3. Halbzeit**, Vereinsheim des TuS Heven.

Was haben wir in diesem Jahr nicht alles geschafft, entgegen einem herkömmlichen Verständnis von Stellvertreter-Politik!

Bloß alle 5 Jahre seine Stimme abzugeben, führt zur politischen Entmün-

digung. Viel Perspektive ist da nicht zu erkennen. Auf diese Art setzen sich immer wieder Geldadel und Wirtschaftslobbyisten durch.

Das kritisieren wir nicht nur, sondern wir haben eine Alternative. Wenn das kein Grund zum Feiern ist!

Das leckere Essen ist selbst organisiert, wer möchte, kann etwas dazu beitragen. Gäste sind hochwillkommen.

Genauere Termin-, Zeit- und Ortsangaben finden Sie auf der letzten Seite

Demokratie ein Trugbild?

von Gregor Duve, Mitglied im Vorstand von *AUF Witten*

Verehrte Bürgerinnen und Bürger!

Ich war immer der Meinung, dass in unserem Land das Grundgesetz bindend und wegweisend in allen politischen Entscheidungen ist. Eine Präambel die aussagt, dass unser politisches Staatssystem, bei dem die Staatsmacht beim Volke liegt, eingehalten werden sollte. Dieses ist aus meiner Sicht nicht zu erkennen und als Trugschluss bzw. Sinnestäuschung zu werten.

Die amtierenden Politiker, vom Volk gewählt, um im Sinne und zum Wohle der Menschen zu entscheiden, entscheiden im weitesten Sinne im Interesse ihres eigenen Wohlergehens und des Kapitals. Die Interessen und Bedürfnisse der Menschen aus Mittel- und Unterschicht bleiben weitgehend unberücksichtigt, viel schlimmer noch, sie müssen letztendlich für die dabei gemachten Hinterlassenschaften aufkommen.

In den 50er bis Anfang der 70er Jahre bedienten sich die Menschen einer natürlichen Streitkultur (Arbeitskämpfe, Protestbewegungen, Bürgerbegehren usw.) Es wurde eine Reihe von Errungenschaften erkämpft, die jetzt wieder abgeschafft werden sollen. Die Staatsführung aller Gremien (Bund, Länder und Kommunen) handelt im Sinne einer reinen Finanzdiktatur und opfert dafür alles, was unsere Lebensqualität ausmacht.

Nehmen wir die Finanzkrise. Sie wird schon wieder schön geredet, obwohl auf die arbeitende Bevölkerung, Rentner, Kinder und heranwachsende Jugend noch manche Entbehrung wartet.

Den Banken und Finanzkonsortien wurde über Nacht mit Geld in dreistelliger Millionenhöhe geholfen, um ihre Spekulationsgeschäfte weiterzuführen.

Dass man Länder der Eurozone (heute Griechenland, morgen vielleicht noch andere Länder) mit Millionen Euro aus ihrer finanziellen Notlage befreien muss, ist ein „Verdienst“ von abzockenden Banken und Finanzkonsortien.

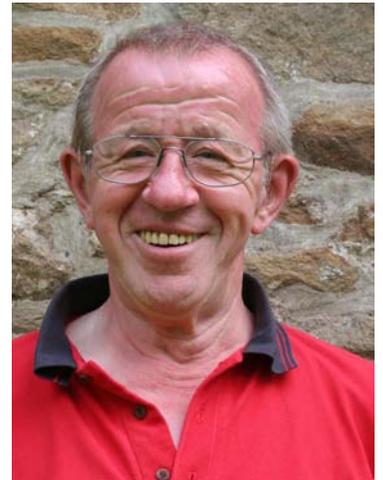
Jahrelange Verschwendung von Steuergeldern, finanzielle Zuwendungen und Steuererleichterungen bis hin zu Steuer geschenken an Großunternehmen, haben letztlich zu diesem Fiasko geführt.

Nicht zuletzt haben die weltweiten kriegerischen Handlungen viel Geld geschluckt und schlucken es weiterhin. Man muss nicht glauben, dass diese kriegerischen Maßnahmen insbesondere in Afghanistan zum Wohle der Menschen stattfinden. Sie wurden nur zum Raubbau an den Bodenschätzen initiiert.

Die Kosten soll wie immer das arbeitende Volk bezahlen. Mit Streichungen und Kürzungen bei Menschen, die ohnehin schon am Existenzminimum leben, aber an der Krise keinerlei Schuld tragen.

Wenn wir als Betroffene nicht bald hellwach werden und zu einer für uns und unsere Belange notwendigen Streitkultur zurückfinden, wird nicht nur uns, sondern auch unsere Kinder und Enkel ein wenig erfreuliches Schicksal ereilen.

Die Schere zwischen arm und reich insbesondere bei Kindern wird immer größer. Es besteht erheblicher Handlungsbedarf, nicht durch Schweigen, sondern durch öffentliche Protestbewegungen und selber Aktiv werden, um dem Raubbau an den arbeitenden Menschen und an der Natur ein Ende zu setzen.



► Die nächsten Termine von *AUF Witten* – kommen Sie doch mit dazu! ◀

Dienstag, 14. September 2010: 19 Uhr
Umweltstammtisch, Ratskeller

Montag, 4. Oktober 2010: 18.30 Uhr
Umwelt- AG *)

Samstag, 23. Oktober 2010: 11 - 13 Uhr
Infostand, Berliner Platz

Sonntag, 7. November 2010: 11 - 14 Uhr
Öffentl. Jahreshauptversammlung
Hotel Specht, Westfalenstr. 104, Witten-Annen

Dienstag, 16. November 2010: 19 Uhr
Umweltstammtisch, Ratskeller

Dienstag, 23. November 2010: 19 Uhr
Ratsteam *)

Samstag, 27. November 2010: 11 - 13 Uhr
Infostand, Berliner Platz

Sonntag, 28. November 2010: 18 Uhr
Jahresabschlussfest, 3. Halbzeit, Haldenweg 2
Witten-Heven

*) Ort erfragen bei Romeo Frey – siehe unten

Impressum: presserechtlich verantwortlich sowie Informationen zur Arbeit von *AUF Witten*:

Romeo Frey • Bebbelsdorf 43 • 58454 Witten ☎ 02302 / 81953 • eMail info@auf-witten.de

Spendenkonto: Nr. 665 224 • Sparkasse Witten • BLZ 452 500 35

Besuchen Sie uns auch im Internet unter: www.auf-witten.de